

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd II/43

Hannover, 30.5.47  
Tel. 209 51/52

## Chancen und Gefahren

### Zur Situation der Westmächte im deutschen Spiel

Man kann sagen, dass nach Moskau die internationale Situation un-  
erfreulich klar wurde. Die Frage nach den Konsequenzen dieser Klärung  
beherrscht seitdem das grosse politische Gespräch. Die Schlussfolgerungen  
gehen weit über den Rahmen der Deutschland unmittelbar betreffenden Fra-  
gen hinaus, aber sie beziehen sich doch stets irgendwie auf die deutsche  
Frage, deren Schlüsselstellung für die weltpolitische Situation niemals  
deutlicher war als heute. Wie sehr die Dinge sich festgefahren haben,  
zeigt sich daran, dass immer und überall die gleichen Zusammenhänge fest-  
gestellt, die gleichen Argumente verwendet, die gleichen furchtbaren Zu-  
kunftsmöglichkeiten angedeutet werden - auf beiden Seiten, denn zwei  
übergordnete Gesichtspunkte gibt es im Grunde heute nur noch, den ameri-  
kanischen und den russischen, in die sich die Besonderheiten weiterer Be-  
trachtungsformen zwanglos eingliedern lassen. Die besondere deutsche Tra-  
gik liegt darin - auch das ist eine jener inzwischen zum Gemeinplatz ge-  
wordenen Feststellungen - dass sich gerade im deutschen Raum die Dinge  
am härtesten stossen. Die Weltkonstellation ist so spannungsreich und  
widerspruchsvoll wie sie es nur je gewesen ist. Will man sie begreifen,  
ist vor allem notwendig, Wesentliches vom Unwesentlichen zu trennen.

Zwei Stimmen von sehr konträren Standorten aus erfüllen nach unse-  
rer Ansicht diese Forderungen besonders eindrucksvoll, sie enthalten bei-  
de wichtigste Hinweise für die Beurteilung auch der künftigen Entwicklung.  
In der Neuen Zürcher Zeitung vom 14. Mai findet sich ein in der Aufmachung  
besonders hervorgehobener Artikel von Prof. W i l h e l m R ö p k e  
über "Das Grosse Spiel um Deutschland". Er vertritt darin, was bei ihm  
gewiss nicht erstaunt, die These von der angeblich allein möglichen Fö-  
deralistischen Lösung der deutschen Frage mit allen ihren Konsequenzen,  
darunter sogar der von Einzelfriedensverträgen mit den deutschen Ländern,  
eine These, mit der wir uns hier nicht näher kritisch auseinandersetzen  
wollen.

Der Artikel enthält auch eine positive Unrichtigkeit, wenn es heisst:  
"Der noch vor zwei Jahren so starke Föderalismus ist heute in hohen  
Masse diskreditiert, und wie es in Wahrheit steht, zeigt die Tatsache,  
dass in Niedersachsen nunmehr die Kommunisten allein über mehr Sitze  
verfügen als die Niedersächsische Landespartei, d.h. die einzige Par-  
tei Norddeutschlands, die den Föderalismus auf ihre Fahne geschrieben  
hat". - In Wirklichkeit erzielte die KP 139 000, die KLP aber 440 000  
Stimmen.

Das ist für einen Mann vom Range Röpkes und für eine Zeitung von  
der Bedeutung der Neuen Zürcher ein böser fauxpas. Auf Grund dieser und  
ähnlicher irrtümlicher Annahmen kommt er auch zu nach unserer Meinung  
ganz falschen Schlussfolgerungen über die Stärke der Anziehungskraft öst-  
licher Prinzipien und Argumente auf den deutschen Westen. Trotzdem möch-  
ten wir den folgenden Passus seiner Ausführungen zitieren, weil er uns

in einem Augenblick besonders bemerkenswert erscheint, in dem die ersten Schritte für eine Intensivierung der westlichen Planung getan wurden:

"Haben die westlichen Alliierten erst einmal den Russen und den Deutschen gezeigt, was sie in ihrem Gebiete zu leisten vermögen, so werden die Folgen nicht ausbleiben, ja sich wahrscheinlich schon zeigen, wenn die vier Sieger sich aufs neue in November beraten. Russland wird dabei umso rascher ins Hintertreffen geraten, als der gesamte russische Grossraum, wie der deutsche sozialistische Agrarsozialist Dr. Fritz Baade in der amerikanischen Wochenschrift "The New Leader" vom 12. April nachgewiesen hat, durch die Folgen dilettantischer Agrarreformen auf lange hinaus dazu verurteilt sein wird, ein Hunger- und Elendsgebiet zu sein. Dass hier Russlands schwacher Punkt liegt, kann niemandem verborgen bleiben. So überlegen es dem Westen in der Handhabung der so gefährlichen Waffen der "erweiterten Strategie" auch ist, so brauchte man die Lage des Westens doch nicht als ungünstig zu beurteilen, wenn er dem Sowjetbereich zeigen würde, dass sein Prinzip der Freiheit zugleich ein solches der Ordnung, des Wohlstandes, der Gerechtigkeit und des Rechtes sein kann. Es ist Sache des Westens, sich dieser wahrhaft edlen Waffe zu bedienen, unbehindert durch entgegengesetzte Ideologien und unbehindert durch selbstsüchtige Interessen."

Ein Mann von politisch ganz anderer Einstellung ist F r i e d r i c h S t a m p f e r, vor 1933 Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans in Berlin, des "Vorwärts", in der Emigration leitender Mann an der "Neuen Volkszeitung" in New York, einer grossen, sehr geachteten deutschsprachigen Zeitung. In ihr hat sich Stampfer kritisch mit der bisherigen amerikanischen Haltung in der deutschen Verfassungsfrage auseinandergesetzt. Auch er kommt dabei zu interessanten Feststellungen zum deutschen Problem und zu seiner überragenden Bedeutung für das amerikanisch-russische Verhältnis:

"Wir sind um den sicheren Aufbau der künftigen Demokratie und ihren Schutz vor totalitären Gewaltexperimenten wehrhaftig nicht weniger besorgt als irgendein guter Amerikaner, Staatssekretär Marshall nicht ausgenommen - aber wir sind felsenfest davon überzeugt, dass die gegenwärtige Politik Amerikas das Vordringen des Bolschewismus in Deutschland nicht aufhält, sondern fördert.

Jene "zersetzenden Elemente", von denen Marshall gesprochen hat, arbeiten mit der Behauptung, dass Amerika Deutschland wirtschaftlich versklaven und politisch zerreißen will. Jede Politik, die dem Anschein nach ihre Behauptungen rechtfertigt, leistet ihnen Vorschub.

Es gibt keine deutsche Demokratie, die auf die politische Einheit Deutschlands zu verzichten bereit ist. Für den deutschen Demokraten, der gegen den Kommunismus kämpft, ist ein Amerika, das nicht klar zur politischen Einheit Deutschlands steht, eine Gefahr im Rücken.

Verschiedene Leute nun bilden sich ein, Amerika müsse gegen die Einheit sein, weil Russland für sie ist. Sie verstehen nicht, dass Russland nur deshalb für die Einheit ist, weil Amerika sich gegen es sträubt. Als gute Taktiker haben die Russen rasch erkannt, dass sich ihre Gegner in eine unhaltbare Stellung vermannt haben, und nützen die Situation kräftig aus. Welcher Triumph für sie, die Ostpreussen Pommern, Schlesien und ein Stück Brandenburg von Deutschland abgerissen haben, dass sie sich zuguterletzt noch Amerika gegenüber als die Verteidiger der deutschen Einheit aufspielen können! Welcher Triumph für sie, dass Amerika es ihnen so leicht macht, eine solche Rolle zu spielen!

Das schlimmste an der Geschichte - wie man es nimmt - ist aber, dass Amerika in Wirklichkeit gar kein Gegner der Einheit ist. Es will die wirtschaftliche Einheit, die ein nicht geringes Mass von

politischer Einheit zur selbstverständlichen Voraussetzung hat, und es ist gegen eine Zentralregierung, mit Vollmachten. Das will kein Mensch, wenigstens kein vernünftiger! Um den ganzen Fragenkomplex Zentralismus-Föderalismus ist ein riesiger Wortnebel gelegt worden, in dem Freund und Feind nicht mehr zu erkennen sind. Die zersetzenden Elemente, deren beste Waffe die Verwirrungsparole ist, können sich gar kein besseres Wetter wünschen.

Amerika kann durch Einnahme einer klaren Stellung für ein deutsches Reich mit einem Reichstag und einer Reichsregierung an Kraft nur gewinnen und die Aussichten für ein Kompromiss verbessern, für das es seine Grundsätze nicht abzugeben braucht." /unbeschränkten

### Labour auf dem Marsch zur Million

Um ihre derzeitige Machtposition in England zu festigen und weiter zu verstärken wird die Labour Party in den nächsten Monaten einen Propagandafeldzug riesigen Ausmasses starten. Für ihn werden rund 200 000 englische Pfund ausgeworfen, von denen die Gewerkschaften einen erheblichen Teil übernehmen werden. Sie haben sich bereits zur Zahlung von 20 000 Pfund bereit erklärt, die durch die Erhebung einer Kopfsteuer von einem Schilling pro Mitglied aufgebracht werden. Der Plan für die Propagandaaktion sieht die stärkere Heranziehung des Rundfunks zu Aufklärungszwecken, eine intensive Steigerung der Plakat-, Anzeigen- und Flugblätterpropaganda, den Einsatz der 22 Abgeordneten der Labour Party, die Journalisten von Beruf sind, als Berater und eine Reorganisation des Partei-Apparates vor, um wohlgerüstet in den nächsten Wahlfeldzug gehen zu können. Als Leiter der neugeschaffenen Rundfunkabteilung ist Patrick Gordon Walker auserwählt worden, der während des Krieges den englischen Nachrichtendienst in deutscher Sprache leitete. Man hofft, bereits bis zum nächsten Parteitag die Zahl der Mitglieder auf eine Million bringen zu können. (n/B10/305/1/ju)

### Er schrieb: "Karten auf den Tisch"

Die unmittelbar vor dem Parteitag in Margate herausgebrachte Broschüre "Karten auf den Tisch", in der die englische Aussenpolitik und ihre Ziele klargelegt wurden und die in der ganzen Welt starker Aufmerksamkeit begegnete, wurde von dem erst 30 jährigen Denis Healy verfasst, der als Sekretär in der Aussenabteilung der Partei beschäftigt ist. Er nahm als Soldat an Feldzug in Nordafrika und Italien teil, kandidierte 1945 im Wahlkreis Pudley, wo er knapp unterlag, und erregte im gleichen Jahr auf dem Parteitag der Labour Party durch eine kluge Rede über die europäische Politik Aufsehen. Healy spricht fließend vier Sprachen, ist mit einer Lehrerin verheiratet, reist viel und kam am gleichen Tage, an dem die Broschüre erschien, erst von der Tagung der Sozialisten in Budapest zurück. (n/B10/305/1/ju)

### Labour Party auf dem SPD-Parteitag?

Bei der Debatte über die zur Deutschlandfrage eingebrachte Resolution auf dem Parteitag der Labour Party in Margate wurde von einem Delegierten der Antrag gestellt, einen offiziellen Vertreter der Labour Party zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg zu entsenden. Die Entscheidung über den Antrag wird vom Exekutiv-Ausschuss der Labour Party gefällt. (n/B10/305/1/ju)

Es ist nötig, der Europa-Bewegung Aufmerksamkeit zu widmen. Um den internationalen Hintergrund aufzuheilen, geben wir den Redaktionen den folgenden Bericht aus London in die Hand, der sowohl wegen der Veranstaltung selbst wie deswegen interessant ist, weil er die Schwierigkeiten und politischen Gefahren der Arbeit in dieser Bewegung erkennen lässt.

Die Redaktion.

### Die Vereinigte Europa-Bewegung

von Dr. B. Sevin, London

In Londons gigantischem Albert-Saal, diesem merkwürdigen Treffpunkt in den sich Politiker, grosse Sänger und Boxer teilen müssen, fand Churchills erste grosse Europa-Versammlung statt. Sie war grossartig aufgezogen - es fehlte nicht an glänzenden Namen, an Zuhörern, nicht einmal an feierlichster Ergriffenheit. Denn es ist ja wieder einmal ein Kristallisationspunkt einer der ältesten Sehnsüchte, die die Menschen unseres Festlandes bewegen. Wohl ward man erinnert an den Segen eines Bernhardt von Clervaux, den er den ausziehenden Kreuzrittern auf den Weg gab, an die Weltensehnsucht der Romantiker und an die Träume der Dichter und Denker. Vielleicht war es gerade dies, was eine bange Wehmut aufkommen liess; dass diese Idee wieder zum Abseitigen, zum Träumerischen gehören werde und die Wirklichkeit, die dieser Träume in Wahrheit so sehr bedürfte, an ihr vorbeigehen werde.

Die Motive und Ausgangspunkte, die diese Menschen auf die Plattform der Albert Hall zusammenführte, waren sehr verschieden und die Tatsache, dass sie sich "an einen Tisch" setzten, war an sich als ein positives Zeichen zu nehmen. Neben der beherrschenden Figur von Churchill war als eigentlicher Präsident der Versammlung der Erzbischof von Canterbury anwesend. Dieses Haupt der englischen Staatskirche war aber auch unterstützt von den Spitzen der, wie es hier heisst, Rivalen-Kirchen, dem Vorsitzenden des Rates der Frei-Kirchen, Pfarrer J.M. Richardson, dem bekanntesten lebenden englischen Philosophen Bertrand Russel (eigentlich Graf. Russel), Lord Lindsay, dem bekanntesten Master of Balliol College, Oxford, und einem der häufigsten Sprecher im House of Lords, vielen Abgeordneten der drei grossen Parteien, hauptsächlich aber Liberalen, einem früheren Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates, Beveridge und dem unermüdlichen Verfächter schwieriger oder nicht gern gesehener Bewegungen, Gollancz. Kurz, man kann mit Recht sagen, dass die Gesellschaft Männer und Frauen aus fast allen Regionen des englischen Lebens erfasst hat. Dazu kamen die ausländischen Gäste, die vor allem französische Abgeordnete umfassten, Holländer und nicht zuletzt deutsche Kriegsgefangene.

Die Motive der einzelnen abschätzen zu wollen wäre Vermessenheit. Neben der vorherrschenden ehrlichen Begeisterung und inneren Verpflichtung mag mancher Ehrgeiz hineinspielen, manch einer mag eine neue Plattform suchen, eine persönliche Propagandamöglichkeit für sich sehen, mag die neue Bewegung hierhin oder dorthin zu steuern versuchen. Churchill selbst soll einmal mit entwaffnendem Freimut gesagt haben, als man ihm zagend fragte, ob er nicht eine geringe Belastung für die Sache darstelle: "Eine geringe, mein Lieber? Eine riesenhafte Belastung natürlich!" Doch trifft man diese Strömungen im politischen Leben ja nicht minder. Die Ansicht ist gewiss berechtigt, dass wenn die Regierungen sich heute nicht für ein Vereinigtes Europa einsetzen können, um nicht der Block-Bildung verdächtigt zu werden, es eben die Privatleute tun sollten. Denn wenn der Druck der öffentlichen Meinung stark genug ist, muss man ihm Rechnung tragen.

Die Tatsache, dass sich so glänzende und repräsentative Persönlichkeiten in der Europa-Bewegung zusammenfinden, bedeutet jedoch bei den eng-

lischen politischen Gegebenheiten nicht so viel wie eine parallele Erscheinung anderswo in Europa es bedeuten würde. Vielmehr rückt die Abwesenheit aller Regierungsvertreter die Europa-Bewegung in einen gewissen Gegensatz zum öffentlichen Kurs, der umso bedauerlicher ist, als gerade die Labour-Partei starke internationale Bindungen und Solidaritäten entwickelt hat. Die "Times" geht in einem recht scharfen Leit-Artikel sogar so weit, anzudeuten, dass die Drahtzieher der Bewegung einen Kurs steuern, der dem Frieden nicht zuträglich sein könnte. Man fürchtet hier deutlich die Verärgerung Russlands und meint - so sehr die Bewegung die Oberhoheit der UNO betont, dass nur über die UNO direkt solche Bemühungen angestrebt werden sollten, dass daher eine Parallel- und gewissermassen Konkurrenzbewegung eher schade. Endlich meinen diejenigen Gruppen, die sich schon lange um eine Europa-Vereinigung bemüht haben, wie Common-Wealth, die sogar Gegen-Pamphlete am Abend selbst verteilten, dass Churchills Europa-Vereinigung zu nebelhaft bleibe und daher ein Instrument für irgendwelche andere Absichten abgeben könne. Zunächst müssten bestimmte Vorbedingungen erfüllt sein, Probleme besprochen und die Meinungen der einzelnen Partner auf einen Nenner gebracht werden - etwa in Fragen des Umfanges dieses so vereinten Europas, der Teilnahme Spaniens, das Verhältnis nicht nur zu Russland, sondern auch zu Amerika, die Funktionen, die der Föderation übertragen werden sollen usw.

Jedenfalls aber sind alle diese Probleme erneut aufgeworfen worden und werden an weitere Kreise herangetragen. Es wird wichtig sein, zu beobachten, wie sich die weiteren Schritte der Bewegung gestalten und wie weit die einzelnen Persönlichkeiten aktive Mitgestalter bleiben.

### Ergebnis einer grossen Reise

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Sch. London, Mitte Mai 1947

Die Rückkehr der britischen Königsfamilie nach London stand ebenso sehr im Zeichen der grossen Staatsaktion, wie die gesamte Reise nach Südafrika. Grallstes Scheinwerferlicht, elfrige Kameras, farberfreudige Presse- und Radiokommentare holten jede Phase dieser Reise heraus - ganz im Gegensatz zu der sehr zurückhaltenden und vorsichtigen Haltung in allem innerenglischen Dingen. Die politische Bedeutung dieser Reise darf denn auch nicht unterschätzt werden. Der König wird als das Symbol und die einzige noch geltende persönliche und staatsrechtliche Einhaltsgewalt des britischen Commonwealth erneut in den Vordergrund gestellt. Die Königsfamilie wird als Gegenpol zu den zentrifugalen Kräften in den Dominions stärker als seit langer Zeit in Betracht gezogen.

Dass die Reise nach Südafrika führte, das hat eine Reihe von besonderen Gründen. Kanada wurde kurz vor Ausbruch des Krieges besucht. In Australien weilte bis vor kurzem der Bruder des Königs, der Herzog von Gloucester, als General-Gouverneur, und Canberra ist heute überhaupt trotz des wachsenden Selbstbewusstseins weniger secessionistisch gesinnt als je. Neuseeland steht dem Mutterland überhaupt am nächsten, ist machtpolitisch dabei am wenigsten bedeutsam, und ist entfernungsmässig schwer zugänglich. Nun also Südafrika. Dort halten sich Republikaner und Monarchisten, Seessionisten und Anhänger des britischen Commonwealth ziemlich die Waage. Dort ist der Nationalismus stark, und Malan, der Führer der Nationalisten, ist eine mächtige Erscheinung. Wie sich Südafrika entschieden hätte, wenn 1939 nicht ein Smuts für die Gemeinsamkeit des Commonwealth eingetreten wäre, ist nicht ganz klar. Und in Südafrika werden im nächsten Frühjahr Wahlen stattfinden. Dort galt es also zunächst am meisten für den Gedanken des Commonwealth zu werben, und das konnte nicht wirkungsvoller geschehen, als durch einen Besuch der Königsfamilie.

Es scheint, als ob dieser Besuch tatsächlich für den Empiregedanken in der europäischen Bevölkerung gewirkt hat. Denn auch die Nationalisten verhielten sich ruhig und höflich, und ihr Sprecher Malan wich in

einem Interview mit dem "Daily Telegraph" vorsichtig der Frage über die Verfassung aus. Er vermied es, seine Partei auf einen separatistischen Kurs für den Fall eines Wahlsieges festzulegen, und erklärte lediglich, dass die Nationalisten ein Plebiszit im Falle eines Wahlsieges abhalten würden. Über das Datum schwieg er sich aus...

Der König findet aber bei seiner Rückkehr bereits ein neues Problem vor, nämlich den Vorschlag einer starken kanadischen Gruppe, den Titel des Königs, soweit Kanada in Betracht kommt, umzuändern in denjenigen eines "Königs von Kanada". Gemäss dem Statut von Westminster, auf dem die Souveränität der Dominions beruht, müsste sich die Gesamtheit der Dominions damit einverstanden erklären. Dazu besteht aber heute zweifelsohne keine starke Neigung, einfach deswegen, weil die Dominions unter Führung von Labourparteien ebenso wie das England des Labourregimes sich scheuen, ins nationalistische Fahrwasser gedrängt zu werden. Und das könnte bei einer intensiven Debatte über diese Verfassungsfrage geschehen. Das universalistische Prinzip, das die Krone heute tatsächlich bis zu einem gewissen Grade vertritt, wirkt mächtig, ausgleichend, liberalisierend. Und wenn erst ein Dominion die Krone ausdrücklich nach seinem Willen umprägt, dann bliebe den anderen Dominions wohl keine Wahl - sie müssten auf dem gleichen Wege folgen. Damit aber würde das einigende Band der Krone wohl überhaupt in Gefahr geraten. Der König von England und der König von Kanada wären zwar noch immer die gleiche Person. Aber die Geschichte der grossen Imperien hat gelehrt, dass es von da ab nicht mehr lange dauert, bis auch die Personalunion aufgegeben werden muss.

### Kopenhagener Brief

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

K.R. Kopenhagen, Anfang Mai.

In diesen Tagen feierte Dänemark zum zweiten Mal den Tag seiner Befreiung. Mit Rücksicht auf die einige Tage vorher erfolgte Beisetzung des Königs wurden die geplanten grösseren Festlichkeiten abgesagt. So wurde der Tag zu einem solchen nationaler Besinnung, an dem man ganz besonders der Männer gedachte, die in der Widerstandsbewegung einen mutigen Kampf gegen den Gestapoterror geführt hatten. Die junge Königin Ingrid ermahnte in einer sympathischen Ansprache im Rundfunk zu verstärkter Hilfe für die Hinterbliebenen der Freiheitskämpfer, die Frauen und Kinder.

Aber aus den verschiedenen Reden, die am Befreiungstage gehalten wurden, klang auch die Enttäuschung und Ernüchterung, die breite Kreise des dänischen Volkes und besonders der Jugend ergriffen hat. Man hatte sich die Welt anders ausgemalt nach diesem Kriege, als sie jetzt geworden ist. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frode Jakobsen, der während der Okkupation der Chef der geheimen Militärorganisation gewesen war, sagte u.a.:

"Diese zwei Jahre entsprachen nicht den Erwartungen, weder draussen in der Welt, noch hier zu Hause. Es wurde keine Welt frei von Furcht, Zwang und Not. Alle diese drei Dinge sind reichlich vorhanden. Die Versprechungen, die die Staatsmänner der grossen Länder gaben, um die letzten Kräfte der gepeinigten Völker anzuspornen, fielen vorläufig vor der Mauer der Realitäten zerquetscht zu Boden."

Damit sprach Frode Jakobsen das aus, was Viele fühlen und denken und viele wie man sagt "sur", das heisst sauer und bitter hat werden lassen.

Dazu kommen die materiellen Nöte, die immer noch gross sind. Es fehlt an allen Ecken und Kanten. Niemand soll sich durch die reichen Schaufensterauslagen dupieren lassen. Sie sind gefüllt worden auf Kosten einer Valutaschuld von 700 Millionen Kronen an England, die schwer auf dem Lande lastet. Um sie abzutragen, muss alles, aber auch alles exportiert werden. Seit einem halben Jahre gibt es hier kein viertel Pfund Schmalz zu kaufen, Schweinefleisch hat meine Frau seit Weihnachten zweimal bei ihrem Schlachter bekommen. Ochsenfleisch ist eine seltene Gabe. Heute teilt die Presse mit, dass die Regierung den Fettgehalt der Milch weiter herabgesetzt hat, nämlich von 3,35% auf 3%, um weitere 2500 Tonnen Butter jährlich für den Export frei zu machen. Dänemark ist nicht mehr das Land, in dem Milch und Honig fliesst - wenigstens nicht für seine eigenen Einwohner. Gewiss, gemessen an deutschen Verhältnissen, geht es uns glänzend. Aber das ist ein schlechter Maßstab für ein Siegerland. Es fehlt an Vielem. Die Kleider in den Schaufenstern kann man nicht kaufen, weil die Kleiderkarten alle sind. Die Zigarren sind mit Deckblättern aus braunem Papier versehen. Um die Streichhölzer wird ein zäher Kampf geführt und es ist ein Glücksfall, wenn man mal eine Schachtel erwischt. Zu Hause wird dann der pfeifenrauchende Ehegatte verdächtigt, Streichhölzer zu stehlen, wenn die Streichholzschachtel in der Küche mal wieder leer ist. Als ich gestern mein Fahrrad nach dem langen Winterschlaf wieder aus dem Fahrradkeller herausholte, um zur Redaktion zu fahren, fehlte die Kette. Irgendsein guter Nachbar hatte sie gestohlen. Warum, das wurde mir klarer beim Fahrradhändler, als ich mir eine neue kaufen wollte. "Fahrradketten, die kriegten wir ja früher aus Deutschland", sagte er ganz erstaunt, "die haben wir schon seit langem nicht mehr gehabt". Also, kann ich mein Fahrrad nicht benutzen. Ich bin darüber nicht so traurig. Denn wir haben ja immerhin noch eine gute Strassenbahn und ein wenig bequem bin ich auch. Aber was glauben Sie, wie so etwas die eingefleischten Kopenhagener irritiert, die fast mit ihrem Fahrrad verheiratet sind.

So könnte man fortsetzen. Aber diese wenigen Beispiele aus dem täglichen Leben machen es jeden Tag immer wieder deutlich, ein wie armes Land Dänemark geworden ist dank der Besetzung durch die Hitlerschen Divisionen. Ausserdem hat man immer noch die schwere Bürde der deutschen Flüchtlinge zu tragen. 200 000 waren es vor zwei Jahren. 50 000 sind inzwischen heimgeliegt. Weitere 50 000 sollen in den nächsten Monaten in die russische und amerikanische Zone fahren. Aber wann gestatten die Okkupationsmächte, dass die letzten 100 000 heimkehren?

Der dänische Aussenminister Gustav Rasmussen sprach am Befreiungstage in einer Rundfunkrede auch über die Flüchtlinge und sagte:

"Es ist eine unbillige Belastung für Dänemark, diese Flüchtlinge zu beherbergen, ernähren und bewachen zu müssen. Aber auch die Rücksicht auf die Flüchtlinge selbst wird immer dringlicher, je länger sich die Heimsendung hinausschiebt. Es scheint mir nicht zu verantworten zu sein, dass man diesen Menschen fortgesetzt den Zugang zu ihrem Heimatland verweigert und sie zu einer Flüchtlingsdasein zwingt, das notwendigerweise eine ernste seelische Belastung mit sich führt. Vor allem wegen der Internierung in einem Land, wo sie nicht zu Hause sind." Das ist nur allzu richtig. Die Flüchtlinge wollen nach Deutschland und Dänemark möchte sie loswerden. Sie haben dem Lande bisher ca. 400 Millionen Kronen gekostet. Eine schwere Bürde für das kleine Land - und für die Flüchtlinge. Ich werde in meinem nächsten Brief näheres darüber berichten.

#### Konzentration der englischen Gewerkschaften

Eine stärkere Konzentration als bisher schlägt der Dachverband der englischen Gewerkschaften, der Trade Union Congress, vor. Die Zahl der englischen Gewerkschaften soll vermindert und aus den verschiedenen Gewerkschaften einer Branche nach Möglichkeit ein einziger Gewerkschaftsverband gebildet werden. Der Vorschlag sieht eine Gewerkschaft für das Baugewerbe, zwei anstelle der bisher 21 für Textilindustrie, eine für die Eisenbahnen sowie eine Verschmelzung der Eisen- und Stahlhandels-Federati-on und der Nationalen Union für Hochofenarbeiter vor. Der TCU umfasst augenblicklich 189 Gewerkschaften mit 6,5 Millionen Mitgliedern. (b/310/305/1/3)